

Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

Abgeschlossen in Rom am 10. März 1988

Von der Bundesversammlung genehmigt am 28. September 1992²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 12. März 1993

In Kraft getreten für die Schweiz am 10. Juni 1993

(Stand am 1. Juni 2004)

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt³,

in der Erkenntnis, dass die Gründe für die Ausarbeitung des Übereinkommens auch hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, zutreffen,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen des genannten Übereinkommens,

in Bekräftigung des Grundsatzes, dass für Fragen, die in diesem Protokoll nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1. Die Artikel 5 und 7 sowie 10 bis 16 des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (im folgenden als «Übereinkommen» bezeichnet) finden mutatis mutandis auch auf die in Artikel 2 dieses Protokolls genannten Straftaten Anwendung, wenn diese auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden.

2. In Fällen, in denen dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist es dennoch anzuwenden, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats als des Staates, in dessen inneren Gewässern oder Küstenmeer sich die feste Plattform befindet, aufgefunden wird.

3. Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck «feste Plattform» eine künstliche Insel, eine Anlage oder ein Bauwerk, die zum Zweck der Erforschung oder

AS 1993 1923; BBl 1992 II 1561

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² Art. 1 Abs. 1 Bst. B des BB vom 28. Sept. 1992 (AS 1993 1909).

³ SR 0.747.71

Ausbeutung von Ressourcen oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken dauerhaft am Meeresboden befestigt sind.

Art. 2

1. Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich
 - a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung eine feste Plattform in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
 - b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einer festen Plattform verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieser Plattform zu gefährden, oder
 - c) eine feste Plattform zerstört oder ihr eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, ihre Sicherheit zu gefährden, oder
 - d) auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden, oder
 - e) im Zusammenhang mit der Begehung oder der versuchten Begehung einer der unter den Buchstaben a bis d genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet.
2. Eine Straftat begeht auch, wer
 - a) eine der in Absatz 1 genannten Straftaten zu begehen versucht oder
 - b) eine Person zur Begehung einer solchen Straftat anstiftet, sofern die Straftat tatsächlich begangen wird, oder sich sonst an der Begehung einer solchen Straftat beteiligt oder
 - c) droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Art. 3

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird
 - a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandsockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform oder
 - b) von einem Angehörigen dieses Staates.
2. Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,
 - a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder

- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird oder
 - c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.
3. Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Generalsekretär» bezeichnet). Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.
4. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.
5. Dieses Protokoll schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Dieses Protokoll lässt die Regeln des Völkerrechts über feste Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, unberührt.

Art. 5

1. Dieses Protokoll liegt am 10. März 1988 in Rom und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Organisation» bezeichnet) für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.
2. Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,
- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
 - b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
 - c) indem sie ihm beitreten.
3. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.
4. Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder der es ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Art. 6

1. Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.

2. Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt 90 Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Art. 7

1. Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.

2. Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

3. Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.

4. Eine Kündigung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat gilt als Kündigung dieses Protokolls durch den betreffenden Vertragsstaat.

Art. 8

1. Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

2. Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl grösser ist, dies verlangen.

3. Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Art. 9

1. Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

2. Der Generalsekretär

- a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über
 - i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt,

- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls,
 - iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird,
 - iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Protokoll oder dem Übereinkommen, die sich auf dieses Protokoll bezieht;
- b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.
3. Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Depositär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen⁴.

Art. 10

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich des Protokolls am 1. März 2004

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)		In-Kraft-Treten	
Afghanistan	23. September	2003 B	22. Dezember	2003
Ägypten*	8. Januar	1993	8. April	1993
Albanien	19. Juni	2002 B	17. September	2002
Äquatorialguinea	14. Januar	2004 B	13. April	2004
Argentinien	26. November	2003	24. Februar	2004
Aserbaidtschan	26. Januar	2004 B	25. April	2004
Australien	19. Februar	1993 B	20. Mai	1993
Barbados	6. Mai	1994 B	4. August	1994
Belarus	4. Dezember	2002 B	4. März	2003
Bolivien	13. Februar	2002 B	14. Mai	2002
Bosnien und Herzegowina	28. Juli	2003 B	26. Oktober	2003
Botsuana	14. September	2000 B	13. Dezember	2000
Brunei	4. Dezember	2003	3. März	2004
Bulgarien	8. Juli	1999	6. Oktober	1999
Burkina Faso	15. Januar	2004 B	14. April	2004
Chile	22. April	1994	21. Juli	1994
China*	20. August	1991	1. März	1992
Costa Rica	25. März	2003	23. Juni	2003
Dänemark*	25. August	1995	23. November	1995
Deutschland	6. November	1990 B	1. März	1992
Ecuador	10. März	2003 B	8. Juni	2003
El Salvador	7. Dezember	2000 B	7. März	2001
Estland	28. Januar	2004 B	27. April	2004
Finnland	28. April	2000 B	27. Juli	2000
Frankreich*	2. Dezember	1991	1. März	1992
Ghana	1. November	2002 B	30. Januar	2003
Grenada	9. Januar	2002 B	9. April	2002
Guyana	30. Januar	2003 B	30. April	2003
Indien	15. Oktober	1999 B	13. Januar	2000
Island	28. Mai	2002 B	26. August	2002
Italien	26. Januar	1990	1. März	1992
Japan	24. April	1998 B	23. Juli	1998
Jemen	30. Juni	2000 B	28. September	2000
Kanada	18. Juni	1993	16. September	1993
Kap Verde	3. Januar	2003 B	3. April	2003
Kasachstan	24. November	2003 B	24. Februar	2004
Katar	18. September	2003 B	17. Dezember	2003
Kenia	21. Januar	2002 B	21. April	2002
Korea (Süd-)	10. Juni	2003	8. September	2003
Kuba*	20. November	2001 B	18. Februar	2002
Lettland	4. Dezember	2002 B	4. März	2003
Libanon	16. Dezember	1994 B	16. März	1995
Liberia	5. Oktober	1995	3. Januar	1996

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)		In-Kraft-Treten	
Libyen	8. August	2002 B	6. November	2002
Liechtenstein	8. November	2002 B	6. Februar	2003
Litauen	30. Januar	2003 B	30. April	2003
Mali	29. April	2002 B	28. Juli	2002
Malta	20. November	2001 B	18. Februar	2002
Marokko	8. Januar	2002	8. April	2002
Marshallinseln	16. Oktober	1995 B	14. Januar	1996
Mexiko*	13. Mai	1994 B	11. August	1994
Monaco	25. Januar	2002 B	25. April	2002
Mosambik	8. Januar	2003 B	8. April	2003
Myanmar	19. September	2003 B	18. Dezember	2003
Neuseeland	10. Juni	1999	8. September	1999
Niederlande*	5. März	1992	3. Juni	1992
Norwegen	18. April	1991	1. März	1992
Oman	24. September	1990 B	1. März	1992
Österreich	28. Dezember	1989 B	1. März	1992
Pakistan	20. September	2000 B	19. Dezember	2000
Palau	4. Dezember	2001 B	4. März	2002
Panama	3. Juli	2002 B	1. Oktober	2002
Peru	19. Juli	2001 B	17. Oktober	2001
Philippinen	6. Januar	2004	5. April	2004
Polen	25. Juni	1991	1. März	1992
Portugal	5. Januar	1996 B	4. April	1996
Rumänien	2. Juni	1993 B	31. August	1993
Russland	4. Mai	2001	2. August	2001
St. Vincent und die Grenadinen	9. Oktober	2001 B	7. Januar	2002
Schweden	13. September	1990	1. März	1992
Schweiz	12. März	1993	10. Juni	1993
Seychellen	24. Januar	1989	1. März	1992
Slowakei	8. Dezember	2000 B	8. März	2000
Spanien	7. Juli	1989	1. März	1992
Sudan	22. Mai	2000 B	20. August	2000
Swasiland	17. April	2003 B	16. Juli	2003
Syrien	24. März	2003 B	22. März	2003
Togo	10. März	2003 B	8. Juni	2003
Tonga	6. Dezember	2002 B	6. März	2003
Trinidad und Tobago	27. Juli	1989 B	1. März	1992
Tunesien	6. März	1998 B	4. Juni	1998
Türkei*	6. März	1998	4. Juni	1998
Turkmenistan	8. Juni	1999 B	6. September	1999
Ukraine	21. April	1994	20. Juli	1994
Ungarn	9. November	1989	1. März	1992
Uruguay	10. August	2001 B	8. November	2001
Usbekistan	25. September	2000 B	24. Dezember	2000
Vanuatu	18. Februar	1999 B	19. Mai	1999

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)		In-Kraft-Treten	
Vereinigte Staaten	6. Dezember	1994	6. März	1995
Vereinigtes Königreich	3. Mai	1991	1. März	1992
Insel Man	8. Februar	1999	7. Mai	1999
Vietnam	12. Juli	2002 B	10. Oktober	2002
Zypern	2. Februar	2000 B	2. Mai	2000

* Vorbehalte und Erklärungen siehe hiernach.
 Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die englischen Texte können auf der Internet-Seite der Internationalen Seeschiff-fahrtsorganisation (OMI):
http://www.imo.org/includes/blastDataOnly.asp/data_id%3D8140/8387.pdf
 eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge,
 3003 Bern, bezogen werden.